

Die Staatsangestellten und die Teuerung.

Von einem Staatsbeamten.

Die Staatsangestellten rechnet man gemeinlich zur Klasse der „Nurkonsumenten“, denn sie sind nicht in der Lage, Preissteigerungen auf andere Schichten abzuwälzen. Diese Eigenschaft teilen sie mit allen übrigen Festangestellten und mit der Arbeiterschaft. Die Unterscheidung zwischen Staatsangestellten und Arbeiterschaft entspringt nicht so sehr wirtschaftlichen Tatsachen als sozialen Wertungen, also Ideologien, denen wirtschaftlich keine Sättigungseigenschaft zukommt. Wenn diese Ideologien bis in die neueste Zeit wirksam sind, so deshalb, weil bei einem Teile der Staatsangestellten, den Staatsbeamten, Arbeitszeit und Entlohnung um ein geringes besser sind als der Durchschnitt der industriellen Arbeiterschaft.

Lange Zeit suchten die Staatsangestellten durch Gehaltsforderungen, ähnlich wie die Arbeiterschaft durch Lohnkämpfe, Preissteigerungen auszugleichen, mit dem Ziele, an die stets sich zu ihren Ungunsten ändern-

den Preisverhältnisse die Gehalte anzupassen. Es gelang nicht. Aus diesen jahrelangen Kämpfen brachten die Staatsangestellten manche äußerliche Auszeichnungen, Degen, Rosetten, Uniformen, auch erhöhte Gehaltsziffern heim, aber kein erhöhtes Realeinkommen. Selbst der letzte große Kampf, „die Dienstpragmatik“, der mit Schulzeugnissen als Angriffswaffe um eine höhere Entlohnung geführt wurde, brachte keine Milderung.

Die Ursachen sind leicht aufzuzeigen.

Fünf Jahre dauerte ungefähr der Kampf. Es wurde erstens nicht erreicht, was angesprochen wurde, und zweitens stiegen während dieser Jahre die Preise aller Nahrungs- und Bedarfsmittel so, daß mit dem Kampfergebnis bei Beendigung des Ringens eine Anpassung nicht mehr möglich war.

Während dieser Zeit gab die Regierung einmal eine Teuerungszulage in Form einer einmaligen Zuwendung. Damit war wohl offiziell die Notlage der Staatsangestellten bekundet, aber nicht behoben. Die organisierten Staatsangestellten haben auch schon hie und da zu genossenschaftlicher Selbsthilfe gegriffen. Man kann nicht behaupten, daß dieser Weg bisher nennenswerte Erfolge gezeitigt hätte.

Seit Jahr und Tag laufen neben den organisierten Kampfformen um die Anpassung individuelle Selbsthilfeversuche der Staatsangestellten. Die etwas kürzere Arbeitszeit ermöglicht es dem Staatsangestellten, natürlich mit Verzichtleistung auf jedes Kulturbedürfnis, Nebenbeschäftigungen auszuüben. Vom „Tanzausspielen“ bis zu „zeitweiligen Bankarbeiten“ läuft die Stala dieser Art Notüberwindung. Auch die größere Kreditmöglichkeit der Staatsangestellten und ihre resislose Ausnützung sind den Erhaltungsformen der Staatsangestelltenhaushalte zuzuzählen. Alle diese Anpassungsversuche: Lohnkämpfe wider den Arbeitgeber Staat, genossenschaftliche Selbsthilfe, individuelle Bestrebungen, Kreditausnützungen haben ihre wirtschaftlichen Schranken schon lange vor dem Kriege offenbart.

Als nun der Krieg kam und andauerte, wurden alle diese Anpassungs- und Ueberwindungsversuche zur Erfolglosigkeit verurteilt. Was blieb, für sehr viele allein blieb, war die Not und die wehrlose Auslieferung an die Gewinn gier aller jener, die das Recht auf Arbeit bekämpfen, aber das Recht auf die Konjunktur mit allen Mitteln verteidigen. Bisher keine Einkommenserhöhung, keine allgemeinen Zuwendungen, keine Nebenbeschäftigung, keine Kreditmöglichkeit, der Rest ist Not. Not, die durch kein Strecken nach der Decken geringer wird; Not, die durch den größten Opferfönn nicht überwunden werden kann, weil es sich nicht um Ausschaltung entbehrlicher Lebensmittel oder jetzt überflüssiger Haushaltsgegenstände handelt, sondern um das Entbehren des Unentbehrlichen, weil man es nicht erzahlen kann.

Bis jetzt hat der Arbeitgeber Staat vor dieser aufwühlenden Not vieler seiner Angestellten die Augen geschlossen und geschwiegen, trotzdem die Noteingaben seiner Angestellten zu ihm gelangt sind. Bis jetzt scheint er nicht zu sehen, daß große öffentliche Körperschaften schon längst die Not ihrer Angestellten gesehen und teilweise behoben haben.

Die Staatsangestellten selbst, soweit sie über wirtschaftliche Einsicht verfügen, haben in dieser Zeit einen neuen Weg beschritten, von dem sie hoffen, daß er im Frieden ihnen Heil bringen werde.

Sie wollen in Zukunft nicht mehr achtlos an Boden und Licht, Getreide und Vieh, Spiritus und Zucker zc. vorübergehen. Nicht Lohnpolitik allein mehr! Um den so schwer errungenen Lohn auch zu behaupten, muß von den Staatsangestellten im Bunde mit allen Festbesoldeten eine Wirtschaftspolitik betrieben werden, die die Preisgestaltung der Waren derart beeinflusst, daß Preis und Lohn auch in einem Verhältnis bleiben, das den Festangestellten erlaubt, nicht nur mit festem Geldeinkommen, sondern vor allem mit festem Realeinkommen zu rechnen.

Das gesetzliche Instrument dieses Willens soll der vor einem Jahre gegründete Reichswirtschaftsbund der Festangestellten Oesterreichs sein.

Sein hoffentlich durchgreifender Erfolg liegt jedoch leider erst in der Zukunft. Die Staatsangestellten können nun aber nicht warten, bis diese neuen Bestätigungen Früchte zeitigen. Sie wissen wohl die Arbeit des Reichswirtschaftsbundes in der Kriegskommission für Konsumenteninteressen zu werten, die Not zwingt sie jedoch, zu jedem nächsten Tag und seinen Bedürfnissen Stellung zu nehmen, und sie können bald auch dies nicht mehr, wenn der Staat als Arbeitgeber nicht die Lage seiner Angestellten endlich wohlwollend nachprüft und deren Wünsche nach Teuerungszulagen berücksichtigt.